

# Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 25. September 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang - Nr. 142

## Beschlussfassung über das neue Gemeindegesetz auf den 11. Oktober 1974 verschoben

Kurzbericht über die Landtagssitzung von gestern Dienstagvormittag, 24. September 1974

Im Mittelpunkt der öffentlichen Landtagssitzung von gestern Dienstagvormittag stand die zweite Lesung des Gemeindegesetzes, die aufgrund von neuen Anträgen (des FBP-Abgeordneten Anton Gerner) über den Wahlmodus unterbrochen und nach interfraktionellen Beratungen definitiv auf den 11. Oktober verschoben wurde. Die beiden Fraktionen sind übereingekommen, das neue Gesetz an diesem Datum zu verabschieden, so dass es auch unter Berücksichtigung der Referendumsfrist und einer allfälligen Volksabstimmung noch für die nächsten Gemeindevahlen im Februar 1975 wirksam wird.

des Proporz beide Parteien je 5 Sitze. Die überzähligen Stimmen der Mehrheitspartei, die vielleicht 52 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, könnten als Reststimmen nicht mehr berücksichtigt werden. Fiele nun der Vorsteher der Minderheitspartei (mit nur 48 Prozent der Stimmen zu), so würde diese Gruppierung im Gemeinderat 6 Mitglieder stellen und damit die Mehrheit. Die Landtagskommission war sich dieser Situation durchaus bewusst, konnte jedoch keine brauchbare Lösung erarbeiten.

### Der Vorschlag Gerner

Der vom Abgeordneten Anton Ger-

ner unterbreitete Vorschlag (der in der Zielsetzung von beiden Fraktionen unterstützt wird) läuft nun darauf hinaus, dass der Vorsteher wie bisher im Majorzsystem zu wählen ist. Allerdings muss er bereits bei der Kandidatur über eine Parteienbezeichnung verfügen. Ist er gewählt, so wird er von vorneherein als Gemeinderat zugerechnet, deren Parteienbezeichnung er als Kandidat trug. Bei der Zuwendung der weiteren Mandate für den Gemeinderat wird der Vorsteher miterücksichtigt, so dass immer jene Partei die Mehrheit im Gemeinderat hat, die auch im Rahmen des Verhältniswahlrechtes (Pro-

porzes) über die Mehrheit der Stimmen verfügt; auch wenn die Mehrheitsverhältnisse äusserst knapp sind.

### Beschlussfassung verschoben

Der vom Abgeordneten Gerner schriftlich unterbreitete Vorschlag wurde von Abgeordneten beider Fraktionen begrüsst und mit Interesse angenommen. Für die VU-Fraktion, die erst im Laufe der Sitzung mit den Anträgen Gerner konfrontiert wurde, beantragte deren Fraktionssprecher eine längere Frist, um den Vorschlag genau studieren zu können. Nach einigen Beratungen unterbrach Land-

tagspräsident Dr. Gerard Batliner die Sitzung. Der Landtag beschloss sodann einstimmig, die weitere Behandlung der Vorlage unter Berücksichtigung des Antrages Gerner auf den 11. Oktober zu verschieben.

Wir werden uns mit den einzelnen Voten und dem Antrag des FBP-Abgeordneten Gerner noch eingehender auseinandersetzen.

### Gemischtes Wahlsystem

Bekanntlich soll aufgrund des neuen Gesetzes der Kandidatenproporz bei den Gemeinderatswahlen eingeführt werden. Während die Gemeinderäte in Zukunft nach dem

### Militärische Demonstration

Gestern Dienstag besuchte S. D. der Landesfürst die Schweizer Train-Rekrutenschule 218 auf der Luziensleig. Mit grossem Interesse folgten der Landesfürst und Bundesrat Gnägi (Chef des Eidg. Militärdepartements) den zweistündigen Demonstrationsübungen und der Truppenausbildung auf dem Waffenplatz an unserer Landesgrenze. Unser Bild zeigt Franz Josef II. im Gespräch mit Bundesrat Gnägi (Mitte) und dem Kommandanten Oberst Bernhard (rechts). — Ein ausführlicher Bericht über den Besuch der schweizerischen Ausbildungsstätte folgt.

(Photo: H. Michels)



gleichen Wahlsystem bestimmt werden, wie wir es von den letzten Landtagswahlen her kennen, wird für die Wahl des Gemeindevorstehers der Majorz (die direkte Persönlichkeitswahl) beibehalten. Wir werden auf Gemeindeebene also ein gemischtes Wahlsystem besitzen, das einen Kompromiss zwischen Proporz (Verhältniswahlrecht) und Majorz darstellt.

### Mehrheit muss Mehrheit bleiben

Wie wir bereits früher berichteten, enthält die Vorlage insofern einen Schönheitsfehler, als unter bestimmten Voraussetzungen das Prinzip des Vorstehers wieder durchbrochen werden könnte. In Gemeinden, die etwa gleichstarke politische Gruppierungen aufweisen könnte sich folgendes abspielen: von 10 zu vergebenden Gemeinderatssitzen erzielen aufgrund

## Öffentlicher Landtag Gestrige Vormittagssitzung im Überblick

In der öffentlichen Landtagssitzung von gestern Dienstagvormittag, die unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner um 9 Uhr begann, wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Die zweite Lesung des Grundverkehrsgesetzes wurde auf Antrag des FBP-Fraktionsprechers Dr. Peter Marxer von der Tagesordnung abgesetzt. Dr. Marxer informierte das Plenum darüber, dass die mit dem Grundverkehrsgesetz befasste Landtagskommission bis jetzt in vier Sitzungen getagt und die Anträge und Verbesserungsvorschläge aus der Sitzung vom 2. Juli in die Vorlage einzubauen versucht habe. Die Arbeit der Kommission, die von Dr. Marxer präsiert wird, sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Kommission bemühe sich jedoch, die Vorlage bis im November bereinigt vorzulegen.
- Keinen Kandidaten für das Präsidium des FL Obergerichtes konnte die Regierung dem Landtag vor-

schlagen. Die Wahl des Obergerichtspräsidenten musste demzufolge auf eine der nächsten Sitzungen verschoben werden. Regierungschef Dr. Kieber teilte dem Landtag mit, dass sich die Regierung hier unter grosstem Zeitdruck befinde. Der Vizepräsident des Obergerichtes habe die Uebernahme des Präsidiums aus Altersgründen abgelehnt. Ein anderer Kandidat, den der verstorbene Obergerichtspräsident Dr. Hildebrand selbst für ein Richteramt empfohlen habe, sei von der Regierung angesprochen worden, hätte aber nach anfänglicher Zusage wieder abgesehen.

- Kurz nach 11 Uhr begann der Landtag mit der Lesung der Regierungsvorlage über die Schaffung eines Investitionsfonds. Die Eintretensdebatte zu diesem Gesetz wurde von VU-Sprecher Herbert Kindle erneut für heftige Angriffe auf die Berichterstattung in den Zeitungen, sowie in Radio und Fernsehen benützt, die er als sub-

ektiv und der Würde der VU abträglich darstellte. Auf seine fragwürdigen Äusserungen und die Entgegnungen von FBP-Fraktionssprecher Dr. Marxer, sowie von Regierungschef Dr. Kieber werden wir in unserer Donnerstagsausgabe näher eintreten. Das Eintreten auf die Regierungsvorlage zur Schaffung eines Investitionsfonds war unbestritten.

Folgende Abgeordnete nahmen an der Sitzung von gestern Dienstagvormittag teil: Für die Fraktion der FBP die Herren Dr. Ernst Büchel (Gamprin), Eugen Büchel (Balzers), Josef Frommelt (Triesen), Noldi Frommelt (Schaan), Anton Gerner (Eschen), Dr. Peter Marxer (Vaduz) und Hilmar Ospelt (Vaduz).

Die VU-Fraktion war durch die Herren Dr. Franz Beck (Schaan), Johann Beck (Triesenberg), Cyrill Büchel (Gamprin), Andreas Hoop (Ruggell), Dr. Franz Nägele (Eschen), Herbert Kindle (Triesen) Dr. K. H. Ritter (Vaduz) vertreten.

Vorsitz: Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner (FBP). Auf der Regierungsbank bemerkte man Regierungschef Dr. Walter Kieber, Vize-regierungschef Hans Brunhart und Regierungsrat Dr. Walter Oehry:

## Die aktuelle Frage

### Gibt es die «ideale» Ferienordnung?

Ein Schulproblem, das in letzter Zeit wohl am meisten in der Öffentlichkeit diskutiert und zu Kritik Anlass gegeben hat, ist die Ferienordnung. Während früher die Ferientermine je nach Gemeinden verschieden eingeteilt wurden, heisst es im Artikel 12 des neuen Schulgesetzes: «Das Schuljahr dauert 40 Wochen. Die Verteilung der Ferien auf das Schuljahr wird von der Regierung geregelt.» Nun wird aber eine einheitliche Regelung von den Eltern wohl begrüsst, doch gehen die Meinungen über die Festlegung der verschiedenen Ferientermine sehr stark auseinander. Das Schulamt, welches für die Ferieneinteilung zuständig ist und diese nach verschiedenen Aspekten, die es zu berücksichtigen gilt, festlegt, ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Eine repräsentative Meinungsumfrage unter den direkt betroffenen Eltern soll nun dazu beitragen, eine Ferienordnung zu erstellen, die den verschiedenen Wünschen vermehrt Rechnung trägt. Aufgrund eines statistischen Verfahrens wurden zirka 150 Familien ausgewählt, die einem Befragten im Rahmen eines Interviews ihre Meinung über die Ferienproblematik äussern sollen, die in einem umfangreichen Fragenkatalog zusammengefasst ist. Diese äusserst lobenswerte Initiative des Schulamtes sollte durch bereitwillige und wahrheitsgetreue Auskunft, auch wenn nicht alle Fragen von Bedeutung zu sein scheinen, von seiten der Befragten unterstützt werden. — Das Schulamt hofft nach Auswertung dieser Repräsentativumfrage eine von der Mehrheit getragene Ferienregelung erstellen zu können. Ob jedoch alle Meinungen nach dem Sprichwort: «Tausend Köpfe, tausend Sinne» unter einen Hut gebracht werden können, das bleibt zu bezweifeln.

**UNSERE BANK ALLE**  
DIE BANK FÜR ALLE  
Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft  
9490 Vaduz

Marxer Anton  
Büromaschinen und  
Büromöbel  
Grünaustrasse 25  
9470 Buchs  
Tel. 085/633 10  
Büroorganisation  
BÜRO MARXER